

Schweres Geschütz aus Warschau

Polens Kommunisten haben die SED in die Enge getrieben

Mit Spannung verfolgen die Leser der SED-Presse in diesen Tagen die schweren ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetzonenpartei und den deutschen Kommunisten. Nachdem der Chefredakteur des SED-Zentralorgans, Hermann Axen, vor acht Tagen in ausfälliger Form die polnische Publizistin Edda Werfel und die hinter ihr stehenden Gomulka-Leute beschimpfte, hat jetzt die Leiterin der SED-Parteihochschule, Hanna Wolf, einen Verleumdungsfeldzug gegen die Warschauer Zeitung „Po prostu“ und die polnische Studentenschaft begonnen. Die SED führt diesen politischen Kleinkrieg mit Billigung höchster Sowjetkreise und wider aller Vernunft. Sie, die aus wirtschaftlichen Überlegungen gegenwärtig alles tun müßte, um Warschau bei guter Laune zu halten, begibt sich auf Wunsch der Sowjetführung in eine gefährliche Isolierung.

Was aber sind die Gründe, wegen deren sich die SED so gegen jede Regel unter Kommunisten engagiert? Nehmen wir einmal den Artikel Edda Werfels im polnischen „Przeład Kulturalny“, der von der SED-Presse nicht veröffentlicht werden durfte. Er erklärt, warum sich die SED gerade von ihren polnischen Genossen auf das Empfindlichste getroffen fühlt.

An Hand sachlicher Überlegungen wies Edda Werfel den deutschen Kommunisten nach, daß die SED keinerlei Anspruch habe, sich als „sozialistische Partei“ auszugeben. Sie sei im Innersten stalinistisch und habe sich in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung selbst überlebt: „Die stalinistische Arbeiterbewegung endet und muß enden. Je eher die einzelnen Parteien dies begreifen, desto größere Chancen haben sie, sich in wirklich sozialistische Parteien umzugestalten und sich zu retten, desto weniger Unrecht fügen sie der internationalen Arbeiterbewegung zu.“

Edda Werfel verweist auf die Ereignisse in Polen und erklärt, daß hier die zweite Phase jener Revolution begonnen habe, die Lenin 1917 in Ruß-

land exerzierte. Das Zwischenstadium, das Regime Stalins, habe keinen Sozialismus geschaffen, sondern den Sozialismus verraten. Sie, die polnische Altkommunistin, erklärt heute: „Ich gehöre zu jener Generation, die von der Niederlage in die Enttäuschung und von der Enttäuschung in die Niederlage ging. Der, als endlich die uns lange Jahre hindurch hindern den Fesseln um Hirn und Herzen fielen, nichts übrigblieb außer dem Ekel vor uns selbst...“

Entlarvter Grotewohl

Edda Werfel entlarvte aber auch Otto Grotewohl, der vor der „Volkskammer“ erklärte: „Wir lehnen jede Liberalisierung als Deckmantel der Wiederherstellung des Kapitalismus ab!“ Die polnische Kommunistin verweist auf die Entwicklung in Polen und auf die Politik Gomulkas, der eine Liberalisierung aus Vernunft und Einsicht in die ökonomischen Gegebenheiten des Landes betreibt, ohne „den Kapitalismus damit zu restaurieren“. Hinter solchen Worten Grotewohls — sagt Edda Werfel — versteckt sich nur die Furcht doktrinärer Stalinisten vor dem Eingeständnis einer verplanten Poli-

tik. Heute gelte es, zwischen Kapitalismus und Stalinismus den „dritten Weg“ zu finden, den eines „menschlichen Sozialismus“.

Axen, der die Werfel als „trotzkistische Skribentin“ abtun zu können glaubt, konnte auf einer ganzen Zeitungsseite nicht ein einziges der sorgfältig ausgewogenen Argumente Edda Werfels entkräften. Statt dessen drohte er offen allen jenen SED-Mitgliedern, die sich mit den Auffassungen der polnischen Kommunisten identifizierten. Sein stärkstes Argument aber war das Verbot jener polnischen Zeitung für das Gebiet der gesamten Sowjetzone, das Verbot einer offiziellen Zeitung eines angeblich befreundeten kommunistischen Staates.

Wie damals gegen Tito

Hanna Wolfs Angriff gegen die polnische Studentenzeitung liegt auf gleicher Linie. Sie wirft den Polen vor, daß diese die alten Stalinisten aus dem Parteiparat entfernen und gibt jene als „bewährte und treue Söhne der Arbeiterklasse“ aus.

Diese Kontroverse erinnert an die Zeit des Kominformstreites mit Tito und der jugoslawischen Partei. Dieser Streit endete bekanntlich mit Wallfahrten aller Todfeinde und Schreier nach Belgrad und Bled. Die SED hat für ihre Kominform-Treue nicht minder bezahlen müssen. Ihr „Titoismus“ kam sie teuer zu stehen und die Rechnung ist noch immer nicht völlig beglichen. Man darf interessiert erwarten, wann die Sowjetzonenpartei nun den Canossa-Gang nach Warschau antreten muß. Denn — sagt Edda Werfel — die stalinistische Arbeiterbewegung endet und muß enden...

J. B. Gradl:

Heute und morgen

„Die Menschen haben die Angewohnheit, mehr dorthin zu sehen, wo es brennt, als dorthin, wo es glimmt.“ Mit diesen Worten illustrierte Bundesaußenminister von Brentano bei seinem jüngsten Aufenthalt in Berlin den Willen der Bundesregierung, politisch wachsam zu sein für neue Möglichkeiten der Wiedervereinigungspolitik, aber doch auch nüchtern den rechten Augenblick zu suchen für eine neue Initiative. Tatsächlich blickt die Welt noch immer gebannt auf Ungarn und den Nahen Osten. Auch sonst gibt es Schwierigkeiten genug, nicht nur innerhalb des sowjetischen Faktbereiches, sondern auch innerhalb des atlantischen. Das Verhältnis zwischen den USA, England und Frankreich ist getrübt. Immerhin kann man hier gewiß sein, daß im Ernstfall diese Trübung sofort vor dem Bewußtsein der unbedingten Zusammengehörigkeit verschwinden würde — ein entscheidender Unterschied gegenüber der Krise im sowjetischen Paktsystem.

In der jüngsten sowjetischen Abrüstungsnote findet sich die Feststellung, daß die gegenwärtige strategische Lage in Westeuropa für die Streitkräfte der Sowjetunion noch bei weitem günstiger sei als am Ende des zweiten Weltkrieges; die Sowjetunion könnte gegenwärtig „die ihr hinsichtlich Westeuropas zugeschriebenen militärischen Absichten sogar ohne Einsatz der modernen Kern- und Raketenwaffen verwirklichen“. Diese sowjetischen Erklärungen sind sehr des Nachdenkens wert, insbesondere für die sozialdemokratische Opposition gegen die Wehrpolitik der Bundesregierung. Aber ganz so vorteilhaft, wie die Sowjets ihre Position darstellen, ist sie erfreulicherweise nicht. Nach den Vorgängen in Polen und Ungarn wird dem sowjetischen Generalstab klar sein, daß das sowjetische Vor- und Aufmarschgelände im Ernstfall nicht befremdetes, sondern zutiefst feindseliges Land und deshalb

keine gute Ausgangsbasis für einen Angriff auf Westeuropa wäre.

Gefühl und Wirklichkeit

Da alle großen Mächte zur Zeit mit anderen Nöten, Schwierigkeiten und Gefahren in aller Welt mehr als genügend beschäftigt und belastet sind, ist heute nicht gerade der rechte Augenblick zu einer internationalen Offensive für die Wiedervereinigung. Aber diese sachliche Einsicht kann nicht hindern, in unserem eigenen Lande sehr gründlich zu erörtern, ob die neue Entwicklung in der Welt nicht neue Perspektiven für uns eröffnet. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat in der politischen Entscheidung seiner vielbesprochenen Berliner Tagung empfohlen, angesichts der weltpolitischen Entwicklung die Wiedervereinigungspolitik der vergangenen Jahre zu überprüfen. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Kiesinger, hatte sachlich wohl recht, als er darauf — leider allzu nüchtern — antwortete, die Politik der Bundesregierung werde dauernd überprüft. Jedoch darf nicht übersehen oder unterschätzt werden, daß das Verlangen nach Überprüfung der Wiedervereinigungspolitik die Folge tiefer allgemeiner Bewegung ist, hervorgerufen durch das Erlebnis des ungarischen Freiheitskampfes.

In der Politik, zumal in der Außenpolitik, soll man sich nicht von Gefühlen leiten lassen. Das „Emotionale“ gilt dort als verpönt, nüchterne Abwägung der Gegebenheiten und Interessen gilt als wichtigstes Gebot. Das ist richtig, und Wirklichkeitssinn ist gerade für die Wiedervereinigungspolitik sozusagen lebenswichtig. Jedoch ist auch das nationale Empfinden eine Realität. Nachdem jahrelang in unserem Lande die Wiedervereinigung ein Thema der Politiker geblieben war, ist sie jetzt erfreulicherweise eine Angelegenheit breiter Kreise der Öffentlichkeit, sie ist gewissermaßen aus dem politischen zu einem nationalen Thema erwachsen. Die Bundesregierung ist im Gegensatz zur Opposition in der schwierigen Lage, nicht nur reden zu können. Sie muß handeln und trägt entspre-

chende Verantwortung. Deshalb muß die Regierung immer wieder nüchtern an den Wirklichkeitssinn appellieren, zum Maßhalten ermahnen und das Risiko der Unpopularität eingehen. Aber sie muß nunmehr auch die nicht einfache Aufgabe meistern, das nationale Gefühl, das nationale Temperament in die aktuelle Politik aufzunehmen, damit es nicht enttäuscht auf Abwege geht wie seinerzeit in der Weimarer Republik.

Nationales Wollen, Gefühl und Temperament stehen immer in einer Spannung zur Wirklichkeit, mit der Neigung, heute schon zu verlangen, was morgen vielleicht möglich ist. In dieser Spannung liegt die Gefahr, über das Erreichbare hinauszuschießen. Tatsachen zu übersehen, aus Ungeduld falsche Wege einzuschlagen und in der politischen Diskussion aneinander vorbeizureden.

Die Hauptstadt

Die vergangene Woche hat hierzu mit Erörterungen über die Hauptstadt-Funktion Berlins und über die Wiedervereinigungs- und Wehrpolitik aufschlußreiche Beispiele geliefert. Das Verlangen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, „die Organe der Bundesrepublik, die Bundesministerien und sonstigen Institutionen alsbald nach Berlin zu verlegen“, kann den Einwand hervorrufen, man gehe an der politischen Wirklichkeit vorbei, wenn man meine, das sei heute möglich. Die Bundesregierung hat das sachlich und einleuchtend abgelehnt. Sachlich kann man den Argumenten der Bundesregierung sogar noch hinzufügen, daß es ein Abenteuer wäre, den Führungsapparat von fünfzig Millionen Deutschen auf die Insel Westberlin zu legen und die Verbindung zwischen den Organen und der Bevölkerung der Bundesrepublik von dem reibungslosen Verkehr durch die Bereiche der Vopo, von der Verzichtbereitschaft der Sowjets auf Schikanen und notfalls von dem Funktionieren einer Luftbrücke abhängig zu machen. Das wäre, nach dem Wort des Bundespräsidenten, Balladenpolitik. Für uns Berliner ist diese Erkenntnis nicht schön, aber wir müssen nüchtern ge-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Olympia-Kämpfer wollen nicht zurück

Viele springen vor der Heimreise ab

Meibourns (AP). Ein großer Teil der ungarischen Olympia-Mannschaft wird nicht in die Heimat zurückkehren. Zwei Mannschaftsfunktionäre versicherten, daß allein 15 Sportler schon fest entschlossen seien, in Australien um politisches Asyl nachzusuchen. Mindestens 30 Ungarn wollten auf keinen Fall zurück, und etwa ein Drittel der 150 Mitglieder der ungarischen Mannschaft würde irgendwo und irgendwie abspringen und nicht mit nach Budapest zurückfahren.

Die beiden Funktionäre rechnen auch mit dem Zurückbleiben einiger Tschechoslowaken, Deutscher aus der Sowjetzone und Polen. Nur bei den Bulgaren seien keine Flüchtlinge zu erwarten.

Spurlos verschwunden ist seit einigen Tagen die sowjetische Krankenschwester Nina Paranjuk. Man nimmt an, daß Nina von Freunden versteckt gehalten wird, bis die sowjetische Mannschaft abgefahren ist.

Dieckmann gibt Auskunft

Über inhaftierte Studenten

Berlin (DPA). Volkskammerpräsident Dieckmann hat jetzt dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) im Bundesgebiet auf dessen Ersuchen, Auskunft über 350 in der Sowjetzone inhaftierte Studenten und Dozenten zu geben und ihre Entlassung anzuregen, geantwortet. Wie die Sowjetzonenagentur ADN berichtet, teilte Dieckmann dem VDS mit, daß die Namensliste auf seine Bitte hin von der

Sowjetzonenregierung geprüft wurde.

Die Prüfung habe ergeben, „daß 141 der in der Liste enthaltenen Namen in keiner irgend einschlägigen Kartei der DDR verzeichnet sind“. Dann schreibt Dieckmann: „Einer der Namens-träger ist verstorben. 86 der in der Liste aufgeführten Personen verblieben gegenwärtig die gegen sie wegen besonders schwerer Straftaten verhängten Strafen in den Haftanstalten der DDR.

Protestmarsch ungarischer Frauen

Trauer in Budapest – Sowjet-Antwort: Gewehrfeuer

Budapest (AP/DPA). Mehrere Tausend schwarzgekleidete ungarische Frauen haben am Dienstag mit einem eindrucksvollen Protestmarsch in Budapest der Toten der ungarischen Revolution gedacht. Genau vier Wochen nach dem „Blutsonntag“, an dem die Sowjets mit ihrer geballten militärischen Macht den Aufstand zu zerschlagen begannen, zogen die Frauen mit schwarzen Fahnen und Blumenkränzen in den ungarischen Nationalfarben zum Denkmal des Unbekannten Soldaten.

Die Demonstration verlief zunächst ohne Zwischenfälle, auch die auf dem Platz und vor den öffentlichen Gebäuden stationierten sowjetischen Soldaten verhielten sich ruhig. Plötzlich fielen jedoch einige Schüsse. Der Frauen bemächtigte sich eine ungeheure Erregung. Im Laufe des Tages wurden daraufhin die sowjetischen Wachen vor den Regierungsgebäuden verstärkt. Ferner wurden in aller Eile sowjetische Verbände nach Budapest verlegt.

Die große Demonstration der Budapester Frauen begann um 11 Uhr. Langsam zogen sie

durch die „Straße der ungarischen Jugend“, die frühere Stalinstraße, an den sowjetischen Panzern vorbei zum Heldenplatz, wo sich das Grabmal des Unbekannten Soldaten befindet. Sowjetische Soldaten versuchten zunächst, den Frauen mit Panzern den Weg zu verstellen, ließen sie jedoch schließlich zum Denkmal weiterziehen. Über drei Stunden dauerte der Marsch der Frauen. Kopf an Kopf zogen sie an dem Gedenkstein vorbei, vor dem sowjetische Soldaten mit Maschinenpistolen postiert waren. In kurzer Zeit war das Denkmal in ein Meer von Blumen und Kränzen getaucht, aus dem nur vereinzelt schwarze Fahnen ragten.

Plötzlich sangen die Frauen. Erst leise, dann immer lauter erklang über den Platz die alte ungarische Nationalhymne. Eine Gruppe von Frauen zitierte das Freiheitsgedicht des ungarischen Dichters und Nationalhelden Petöfi.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Kadar-Regierung, Münnich, der vielfach als der eigentliche „starke Mann“ des Regimes gilt, hat am Dienstagabend die sofortige Auflösung der Revolutionärausschüsse angeordnet, die während des ungarischen Volksaufstandes gebildet worden waren.

Der Befehl Münnichts ist deshalb bezeichnend, weil daraus hervorgeht, daß die Revolutionärausschüsse, die im ungarischen Freiheitskampf eine wichtige Rolle spielten, an einigen Orten noch bestehen.

Für drei von ihnen laufen Gnadengesuche, und 13 von ihnen werden 1957 ihre Strafzeit verbüßt haben. 122 der in der Liste aufgeführten Personen sind zum Teil seit Jahren, zum größeren Teil im Laufe dieses Jahres aus der Haft entlassen worden.“

Hauptstadt-Wettbewerb beginnt

Auch Architekten aus der Zone zugelassen

Berlin (Eigenbericht). Mit dem Ziel, Berlin für seine Aufgabe als Reichshauptstadt vorzubereiten, haben zwischen Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker sowie dem Senat Verhandlungen stattgefunden. Wie Preusker mitteilte, wird im nächsten Jahr das Trümmergelände der ehemaligen Elisabeth-Kaserne in Charlottenburg abgeräumt und dann mit 300 Wohnungen für Bundesbedienstete bebaut.

Ferner beginnt in Kürze der Architekten-Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“, der u. a. die Errichtung eines Regierungsviertels im City-Raum (einschließlich Ostberlin) vorsieht. Alle deutschen Architekten, auch die in der Sowjetzone, können sich beteiligen. Nach der Mitteilung Preuskers wird die Wilhelmstraße natürlich in den Wettbewerb einbezogen.

Zur Frage eines Baustopps in Bonn meinte der Minister, ein derartiger Baustopp sei in der Praxis bereits heute verwirklicht. Die Errichtung des Verteidigungsministeriums sei bereits „gestoppt“. Jetzt werde man lediglich Wohnungen errichten.

In diesem Zusammenhang kündigte Preusker an, daß mit einem zehnjährigen Sanierungs-

programm für den Wohnungsbau im ganzen Bundesgebiet gerechnet werden könne, um etwa zwei bis drei Millionen Wohnungen in den Großstädten den modernen Wohnforderungen anzupassen. Auch in Berlin sind in bestimmten Wohngebieten (z. B. im Bezirk Kreuzberg) derartige Maßnahmen vorgesehen, die sich möglicherweise mit einem Kostenaufwand von 100 Mill. D-Mark über vier Jahre erstrecken werden.

Sowjets bleiben in Rumänien

Mageres Ergebnis — Kühler Schlußempfang

Moskau (AP/DPA). Die Regierungschefs der Sowjetunion und Rumäniens, Bulganin und Stoica, haben im Kreml eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der die „zeitweilige Anwesenheit“ sowjetischer Truppen in Rumänien als weiterhin

ADN verfälschte Ungarn-Berichte

Wien (AP/DPA). Der von der sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN fristlos entlassene Wiener Korrespondent Philipp hat ADN beschuldigt, seine Berichte über Ungarn entweder überhaupt nicht gebracht oder verfälscht zu haben. Angesichts der Ereignisse in Ungarn habe er „aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht“ und im Freundeskreis das Vorgehen der Sowjets in Ungarn als eine „Aggression“ und einen „Akt brutaler Gewalt“ bezeichnet. Philipp, der vor seiner Tätigkeit bei ADN zehn Jahre lang für die Berliner sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ gearbeitet hat, sagte: „Meine Augen wurden mir geöffnet.“

notwendig bezeichnet wird. Als Begründung wird behauptet, daß in Westeuropa ein „aggressiver Kriegsblock“ besteht und die USA sowie die NATO in der Nähe der Ostblockstaaten „umfangreiche Streitkräfte und zahlreiche Stützpunkte“ unterhalten.

Die Regierungen vereinbarten jedoch, künftig im Zusammenhang mit der Entwicklung der internationalen Lage untereinander sowie mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes über die Notwendigkeit eines weiteren Verbleibens sowjetischer Truppen in Rumänien zu beraten.

Politische Beobachter in Moskau nannten das Schlußkommuniqué ein „mageres Verhandlungsergebnis“. Bemerkenswert erscheint ihnen, daß in der Feststellung über das weitere Verbleiben sowjetischer Truppen auch auf die „deutsche Remilitarisierung als gemeinsame Gefährdung“ Bezug genommen wird.

Der übliche Schlußempfang im Kreml nach den achttägigen Verhandlungen verlief ohne Höhepunkte. Bulganins Trinkspruch war auffallend kurz und allgemein gehalten. Auch der Toast Stoicas ging nicht über den Rahmen des üblichen hinaus.

Sperrzone für Sowjetdiplomaten

Bewegungsfreiheit eingeschränkt — Beispiel Moskaus gefolgt

Bonn (Eigenmeldung). Das Auswärtige Amt hat dem sowjetischen Botschafter Smirnow in diesen Tagen mitgeteilt, daß die Angehörigen der sowjetischen Botschaft von sofort an ähnlichen Einschränkungen in ihrer Bewegungsfreiheit unterliegen wie die Angehörigen der deutschen Botschaft in Moskau. Danach dürfen sich die Angehörigen der Sowjetbotschaft nicht ohne Genehmigung des Auswärtigen Amtes über einen Umkreis von 40 Kilometern um Bonn hinaus im Bundesgebiet bewegen. Wenn sie diesen Umkreis verlassen wollen, müssen sie ihre Reise 24 Stunden vorher dem Auswärtigen Amt ankündigen, das eine besondere Genehmigung erteilt.

Bundespresseschef von Eckardt erklärte dazu, es sei nicht beab-

sichtigt, aus dieser neuen Maßnahme eine Schikane zu machen. Man habe lange gezögert, die Bewegungsfreiheit der sowjetischen Diplomaten einzuschränken, weil eigentlich nicht der Wunsch bestanden habe, das Prinzip der Gleichheit zwischen Moskau und Bonn anzuwenden. Bei den jetzigen Maßnahmen sei aber zu berücksichtigen, daß die Anordnung des Auswärtigen Amtes für die Sowjetbotschaft günstiger sei als die entsprechende Regelung für die Botschaft der Bundesrepublik und die übrigen westlichen Botschaften in Moskau. Dort gebe es auch innerhalb des Umkreises von 40 Kilometern bestimmte Sperrgebiete, die kein Diplomat betreten dürfe. Außerdem müsse jede Reise einige Tage vorher angekündigt werden.

So sind sie wirklich:

Das Elend der Philosophie

„Das Elend der Philosophie“ nannte Karl Marx eines seiner Werke, in dem er die von ihm aufgestellte Theorie eines wissenschaftlichen Kommunismus gegen den französischen Anarchisten Proudhon verteidigte. Das liegt 110 Jahre zurück. Seither ist dieser Titel zu einem Doppelbegriff geworden: Die Verteidigung der Lehren Karl Marx' ist zu einem Elend der kommunistischen Philosophie geworden. Niemand spürt das stärker als die vom Zentralkomitee der SED gegängelten Schüler und Dozenten philosophischer Disziplinen.

Nun hat die SED einen aus ihrer Mitte heraus an den Pranger gestellt: Der von ihr selbst zum Professor erhobene und acht Jahre hindurch herausgestellte Wolfgang Harich ist am Wochenende als „Anführer einer staatsfeindlichen Gruppe“ verhaftet worden. So absurd die Anklage lautet, so wenig paßt sie auf diesen Mann. Wer ist Wolfgang Harich?

Reiseziel: Moskau

Der heute 36jährige Philosophie-Dozent stammt aus einer streng bürgerlichen Familie. Mit dem NS-Regime geriet er in Konflikt, als ihn ein Wehrkraftzersetzung wegen „Wehrkraftzersetzung“ zu einer längeren Haftstrafe verurteilte. Nach dem Kriege betätigte er sich neben seinen Studien als Theaterkritiker und Feuilletonist und avancierte zum Mitarbeiter Westberliner und westdeutscher Zeitungen.

Als ihm kommunistische „Kulturbund“-Funktionäre 1948 eine Chance boten, griff er bedenkenlos zu. Auf Kosten der SED fuhr er nach Moskau, für die SED wollte er anschließend in Westberlin über seine naiv aufgenommenen Reiseeindrücke berichten: Als er wenig Gegenliebe fand, ging er im Sommer 1948 für immer nach Ostberlin. Die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ stellte ihn als Theaterkritiker und später als Redakteur für Fragen der Gesellschaftswissenschaften ein. Ein 3-Monate-Kursus auf der Parteihochschule Klein-Mach-

WOLFGANG HARICH



now hatte ihn dafür prädestiniert. Was als Reise nach Moskau begann, endete vorerst mit dem endgültigen Übertritt zum kommunistischen Regime.

Keine Märtyrer-Rolle

Es wäre schlecht, Harich in eine Märtyrer-Rolle zu drängen. Was er tat, tat er ohne Zwang. Kurz nach seiner Parteischulzeit stellte er sich mit einem Artikel „Kosmopolitismus ist Rückschritt“ auf die Seite Ulbrichts gegen die Emigranten-Gruppe um Paul Merker und Lex Ende. Monate später beschimpfte er seine Westberliner Kollegen mit einem großen Bericht: „Wie sie lügen!“ Die SED hat es ihm tausendfach gelohnt. Harich wurde zum unduldsamen Ver-

fechter stalinistischer Theorien. Er durchbrach nur dort den dialektischen Teufelskreis, wo er sich keine Gefahren davon versprach: 1953, als er die „Staatliche Kunstkommission“ wegen ihrer dogmatischen Überheblichkeit attackierte, und 1956, als man in Moskau Stalin zum zweitenmal begrub.

In seiner „Zeitschrift für Philosophie“ und als Dozent an der Humboldt-Universität griff er unter anderem nun als Lektor im „Aufbau-Verlag“ tätige Harich seine alten Lehrmeister an. Er war der erste, der die eigene Unduldsamkeit überspringen wollte. Spät kam seine Einsicht, niemand weiß, wie tief sie ging. Die SED warnte ihn. Harich wurde deutlich und kurz zurechtgewiesen. Aber der nicht in Parteitraditionen aufgewachsene Wahlkommunist Harich verstand die Zeichen nicht zu deuten...

Ein Exempel statuiert

Als die sowjetzonalen Studenten in Ostberlin und Leipzig, in Greifswald und Jena rebellierten, sah sich Harich ob seiner gewagten antistalinistischen Ausfälle plötzlich ohne eigenes Zutun in den Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen gerückt. Er duldete es, mißdeutete die warnenden Kommentare der Partei. Dann ließ ihn diese verhaften und mit ihm einige seiner Freunde. Man wollte ein Exempel statuieren. Harich war das für die SED unblutigste Opfer.

Nun steht die Anklage gegen ihn auf. Man verquickt sie mit der Tagespolitik. Als „Angehöriger des Petöfi-Kreises“ soll er „mit ungarischen Konterrevolutionären“ korrespondiert haben. Eine lächerliche Geste. Natürlich mußte Harich als leitender sowjetzonaler Parteiphilosoph mit einem Lukacz und anderen ungarischen „Geistesrebellen“ jahrelang sanktionierte Kontakte pflegen. Nun, wird ihm daraus vielleicht der Strick gedreht, den die Partei für alle bereithält, die an den Pakt mit dem Teufel glauben. Das Elend der Philosophie dokumentiert sich an ihren Verfälschern...

Abgang Edens „in Etappen“

London (AP). Randolph Churchill, ein Sohn des früheren Premierministers, erklärte im Loner „Evening Standard“, Premierminister Eden ziehe sich „in Etappen“ vom Amt des Regierungschefs zurück.

Schirdewan und die Stalinisten

Die „kalte Revolution“ im SED-Parteiparat

Die letzten offiziellen Erklärungen der SED beweisen es und für die Funktionäre ist es längst mehr als ein Gerücht: Das Politbüro-Mitglied Karl Schirdewan ist auf dem besten Wege, Ulbrichts Parteiämter Zug um Zug zu übernehmen. Seit Wochen bereits beschränkt sich der alte SED-Chef auf die Kontrolle des Regierungsapparates. Alle wesentlichen theoretischen Erklärungen zu Parteifragen kommen von Schirdewan. Er war es auch, der Mitte November auf der 29. Tagung des SED-Zentralkomitees die Rückkehr zur „Politik der harten Hand“ ankündigte. Um ihn scharen sich seit Wochen die Stalinisten in der SED. Ihr Abbrücken von Ulbricht hat nur den einen Sinn: Ihre Ära soll nicht mit dem in Verruf gekommenen Namen Ulbrichts beginnen!

Aus dem Machtkampf zweier Gruppen in der SED-Führung hat eine dritte profitiert: Während Männer wie Rau und Oelßner aus rein wirtschaftlichen Überlegungen einen beschleunigten Abbau des Ulbrichtschen „Sozialismus“ verlangten und Ulbricht Wochen hindurch in die Defensive drängten, hat Schirdewan die in Furcht geratenen Anhänger des SED-Chefs um sich geschart und aus ihnen eine neue, mächtige Gruppe gebildet. Diese Gruppierung ist im innersten Kern stalinistisch. Sie bejaht den von Ulbricht begonnenen „Aufbau des Sozialismus in einem Teil Deutschlands“ und schreibt sein bisheriges Mißlingen „objektiven Schwierigkeiten in der Übergangsperiode nach dem Kriege“ zu. Sie plädiert darüber hinaus für eine beschränkte Rehabilitierung Stalins, mit der Begründung, erst „zu weitgehende Diskussionen“ über die Verbrechen Stalins hätten die Revolte in den kommunistischen Parteien der Ostblockstaaten ausgelöst. In seiner Politbüro-Rede rechnete es sich Schirdewan sogar als Verdienst an, die Auseinandersetzung mit den Beschlüssen des XX. Moskauer Parteitages in der Sowjetzone unterdrückt zu haben.

Die Lage der SED

Bei solcher Sachlage ist jede Auseinandersetzung um die Person Ulbrichts zweitrangig geworden. Die sowjetzonalen Kommunisten haben sich innerlich längst von Ulbricht gelöst. Der zweifelhafte Ruhm dieses Mannes strahlte nur so lange, wie er im Schatten Stalins gigantische Wirtschaftspläne für eine weite Zukunft anzukündi-

gen vermochte. Heute weiß jedermann, daß diese Pläne einen großen Teil der gegenwärtigen sowjetzonalen Wirtschaftsmisere verschuldet haben. Der Name Ulbrichts ist für die SED eine Belastung, was wiederum nicht heißt, daß die Nachfolger Ulbrichts anders handeln würden.

Somit ist die Lage der SED heute um keinen Deut anders als vor einem halben Jahr. Jene Situation ist eingetreten, von der wir an dieser Stelle oft vorausschauend behaupteten: Wenn Ulbricht stürzt oder an die zweite Stelle rückt, ist dies noch lange kein Beweis für die Demokratisierung der SED! Erst die völlige Umstellung des Parteiapparates, der Abbau des Zentralismus und die Möglichkeit individueller Gewissensentscheidung für das einzelne Mitglied bieten die Gewähr, daß die SED ihre Chance zur Überwindung des Stalinismus erhält.

Schirdewans Absichten

Es braucht nicht betont zu werden, daß Schirdewan, der Organisationschef der Partei, der vermutlich letzte wäre, um derartige Reformen einzuführen. Was er will, liegt auf der

Hand: Er möchte auf den Erfahrungen und Niederlagen Ulbrichts aufbauen, um mit sowjetischer Unterstützung den Ausbau der Zone zur „Volksdemokratie“ zum Ende zu führen. Er benutzt dazu alle jene Scheinreformen, mit denen die SED seit einem Dreivierteljahr in der Öffentlichkeit kokettiert: die „Entfaltung“ der Demokratie“, die „Arbeiterkomitees“ in den Betrieben, die Dezentralisierung der unteren Staatsorgane und anderes mehr.

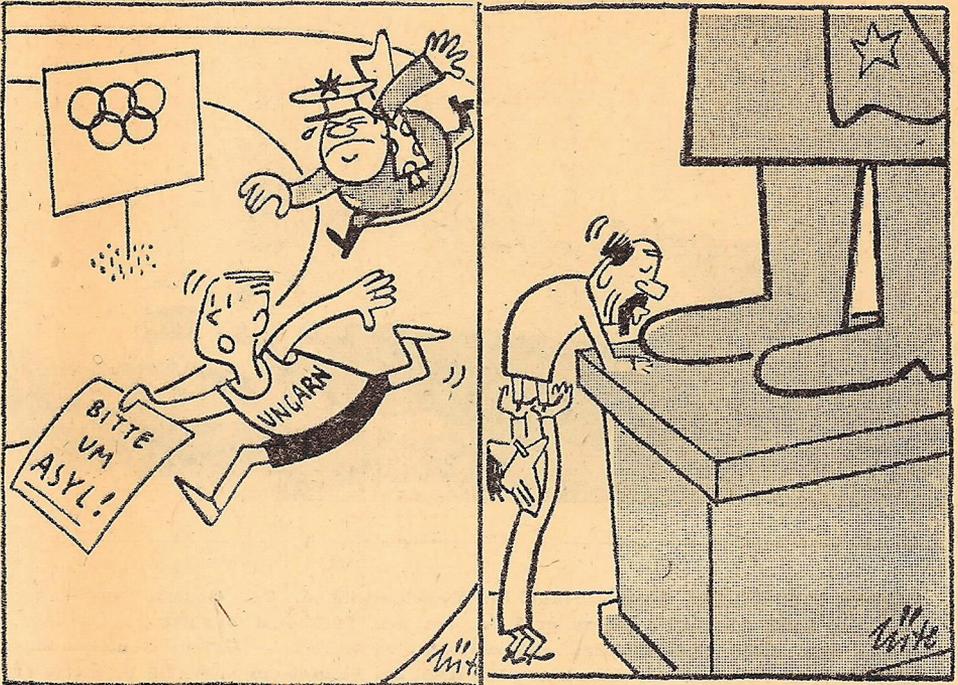
Seine Rechnung weist jedoch einen Kardinalfehler auf: Ulbricht vermochte sich zu Beginn seines Programms auf eine relativ starke und straff geführte Parteiorganisation zu stützen; Schirdewan dagegen sammelt die Reste einer ökonomisch und ideologisch geschlagenen Partei. Hinter den Mitgliedszahlen der SED verbirgt sich heute keine geballte politische Kraft mehr. Die wenigsten Mitglieder sind bereit, in der Stunde einer Gefahr für die Partei und ihre politische Vergangenheit gerade zu stehen. In den Betrieben weicht die SED auf der ganzen Linie zurück. In der Bevölkerung macht sie nur noch schüchternere Versuche, das offenkundige Versorgungschaos dieses Winters zu entschuldigen. Und im Parteiapparat selbst?

Hier war vor Monaten die Diskussion um den Stalinismus entbrannt. Ulbricht versuchte sie einzudämmen, Schirdewan will sie brutal unterdrücken. Seine Argumente sind solche der Gewalt. Die Folge ist, daß die heimlichen Diskussionen gefährlicher werden als die in der Öffentlichkeit geführten. Vielleicht wird Schirdewan Ulbricht überspielen, aber er hat den denkbar schlechtesten Start.

Weitere Gespräche Kirche — Pankow

Berlin (epd/DPA). Die Kirchliche Ostkonferenz, die in Berlin unter Vorsitz von Bischof D. Dibelius tagte, hat sich vorwiegend mit innerkirchlichen Fragen beschäftigt. Mit großer Anteilnahme gedachte sie auch der Lage der evangelischen Kirchen in Ungarn und forderte die Gliedkirchen in der Sowjetzone auf, in einem Weihnachts-gottesdienst Opfer für die not-

leidenden Ungarn einzusammeln. Am Vortage hatte eine Unterredung zwischen Vertretern der Evangelischen Kirche und der Pankower Regierung in Ostberlin stattgefunden. Das Gespräch, das im übrigen festgesetzt werden soll, stand im Zeichen der kirchlichen Bemühungen um eine Entspannung in dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Zone.



Dramatischer Endsprint in Melbourne

Treue-Bekennnis

Heute und morgen

(Fortsetzung von Seite 2)

nug sein, um uns über unsere eigene Situation keiner Täuschung hinzugeben, Heute ist es eben noch nicht soweit.

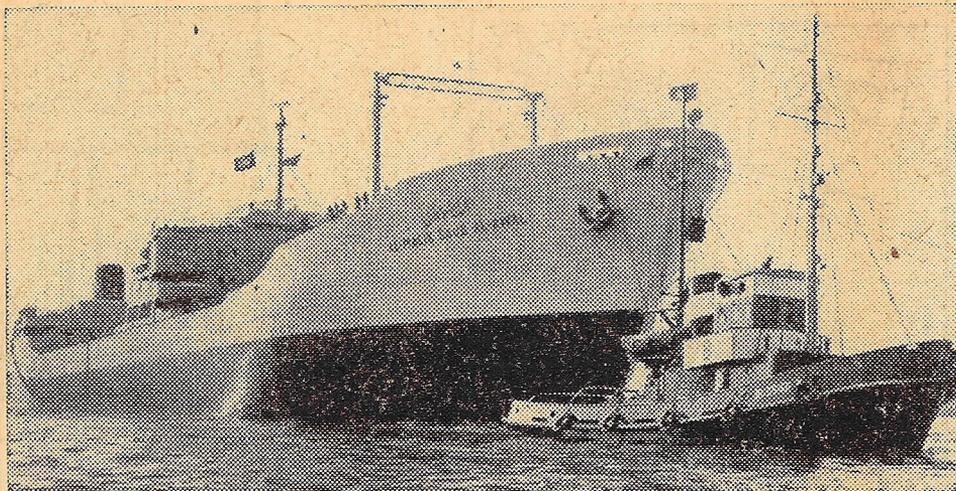
Die mannigfachen Forderungen, die Hauptstadt Berlin zu realisieren, dürfen jedoch nicht nur vom Standpunkt des „Heute“ beurteilt werden, Sie sind primär Ausdruck einer politischen Zielsetzung, in die Zukunft gerichtet, nicht Einzelheiten verhaftet, sondern vom Grundsatz verpflichtet. In ihnen kommt, und das ist ihr eigentlicher politischer Sinn und Wert, das entschlossene Streben nach dem veränderten „Morgen“ zum Ausdruck, das Verlangen, wenigstens morgen zu erreichen, was dem Willen der Nation heute verwehrt ist. In diesem Sinne kann und

sollte die Regierung das Verlangen, heute alles das zu tun, was vernünftigerweise irgend möglich ist (Bundesbauten in Berlin, Behördenverlagerungen, Baustopp in Bonn) als eine von der öffentlichen Meinung gegebene Unterstützung ihrer Politik begrüßen. Die Politik nämlich, die Kräfte der Welt für ein freies und geeintes Deutschland zu mobilisieren. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Öffentlichkeit immer wieder und vermehrt ihr Wollen zum Ausdruck bringen und damit — auch wenn sie hin und wieder temperamentvoll über das von der Wirklichkeit gesetzte Maß hinausgeht — der offiziellen Politik Bestätigung und Antrieb zugleich geben.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



BILDER DER WOCHE. Oben: ... fährt für Westdeutschland. Der Onassis-Supertanker „Almalik Saud Al-Awal“, der zu groß ist, um den Suezkanal benutzen zu können, wurde von einer westdeutschen Ölgesellschaft gechartert. — Unten: Bundesaußenminister von Brentano als Nikolaus. Im Haus des Städtetages in Berlin besuchte er Flüchtlingskinder mit Spendengutscheinen und süßen Sachen.

